



## Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und  
gesellschaftliche Teilhabe**

Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal,  
59302 Oelde**

Sitzungstag : **Mittwoch, 13.01.2021**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **19:15 Uhr**

### Vorsitz

Herr Wolfgang Bovekamp

### Teilnehmer

Frau Nadine Diekmann  
Frau Andrea Geiger  
Frau Anne Grieskamp  
Frau Nicole Haferkemper-Selau  
Frau Kerstin Horstmann  
Herr Bastian Kirsch  
Frau Birgit Klashinrichs  
Frau Hiltrud Krause  
Herr Ludger Lücke  
Frau Elisabeth Meinders-Koeper  
Herr Ludger Reckmann  
Herr Thorsten Retzlaff  
Herr Frank Rumpold  
Frau Maria Pia Scuderi  
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert  
Herr Michael Zummersch  
Herr Arno Zurbrüggen

**Verwaltung**

Frau Bürgermeisterin Karin Rodeheger  
Herr Jakob Schmid  
Frau Mechthild Gröver  
Frau Anja Radner  
Herr Markus Wohlgemuth

**Schritfführer**

Herr Jan Bräutigam

**Es fehlt entschuldigt:**

Frau Buket Karabel

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger Vorlage: M 2020/500/4733	4
2. Kurzvorstellung Fachdienst Soziales, Familien und Senioren Vorlage: M 2020/500/4728	5
3. Einführung Tag der Pflege Vorlage: B 2020/500/4730	5
4. Antrag der SPD-Fraktion; Einführung einer Oelde-Karte (Arbeitstitel) Vorlage: B 2020/011/4475/1	6
5. Sachbericht Asyl und Integration Vorlage: M 2020/500/4538	8
6. Bericht Flüchtlingsbetreuung/Integration 2020	9
7. Sachbericht Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung Vorlage: M 2020/500/4731	9
8. Freiwillige Leistungen 2021 Fachdienst Soziales, Familien und Senioren Vorlage: B 2020/500/4732	9
9. Verschiedenes	9
9.1. Mitteilungen der Verwaltung	
9.2. Anfragen an die Verwaltung	

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bovekamp, begrüßt Frau Bürgermeisterin Karin Rodeheger, die Ausschussmitglieder, Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Beschäftigten der Stadtverwaltung Oelde.

Herr Bovekamp stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde, aus diesem Grund ist der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe beschlussfähig.

Herr Bovekamp belehrt darüber, dass eine etwaige Befangenheit ab sofort von den Ausschussmitgliedern selbst anzuzeigen sei, für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger wurde ein entsprechendes Informationsblatt auf den zugewiesenen Plätzen hinterlegt.

Sodann übergibt der Vorsitzende das Wort an Frau Bürgermeisterin Karin Rodeheger.

Frau Bürgermeisterin Karin Rodeheger begrüßt alle Anwesenden und erläutert, dass es ihr ein besonderes Anliegen sei jeder ersten Sitzung aller Ausschüsse beizuwohnen.

Sie führt aus, dass soziale Themen auch im Wahlkampf einen Schwerpunkt darstellten, weshalb sie sich sehr auf die zukünftige Zusammenarbeit freue. Sie wünscht allen Beteiligten viel Erfolg und der Sitzung einen guten Verlauf.

Daraufhin eröffnet der Vorsitzende Herrn Bovekamp die Sitzung.

## Öffentliche Sitzung

### **1. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger Vorlage: M 2020/500/4733**

Der Vorsitzende, Herr Bovekamp, führt die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe gem. § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.V.m § 67 Abs. 3 GO NRW in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gewissenhaften und rechtmäßigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Der Vorsitzende verliest folgende Verpflichtungsformel, diese wird von den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern nachgesprochen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflicht zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Der Vorsitzende ergänzt die Worte „So wahr Gott mit helfe.“, die von den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern abhängig von der jeweiligen persönlichen Überzeugung nachgesprochen werden.

Folgende sachkundige Bürgerinnen und Bürger bestätigen ihre Verpflichtung durch Unterschrift:

Frau Anne Grieskamp  
Frau Nicole Haferkemper-Selau  
Frau Kerstin Horstmann  
Herr Sebastian Kirsch

## 2. Kurzvorstellung Fachdienst Soziales, Familien und Senioren Vorlage: M 2020/500/4728

Da sowohl einige Ausschussmitglieder, als auch vereinzelt sachkundige Bürgerinnen und Bürger erstmals an den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe teilnehmen, stellt Frau Gröver, Fachdienstleiterin des Fachdienstes Soziales, Familien und Senioren, dessen wesentlichen Aufgaben und Tätigkeiten vor.

Diese unterteilt sie in Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, wie beispielsweise die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben wie beispielsweise die Seniorenarbeit und freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben wie beispielsweise die Durchführung oder Förderung von Veranstaltungen.

Im Einzelnen wird auf die Vorlage M2020/500/4733 verwiesen, weitere Fragen ergeben sich nicht.

**Beschluss:** Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 3. Einführung Tag der Pflege Vorlage: B 2020/500/4730

Frau Gröver erläutert, dass der geplante Vortrag von Frau Brinkhaus aufgrund der Coronapandemie leider nicht stattfinden könne. Vielmehr werde nach Rücksprache mit der Antragstellerin vorgeschlagen den Tag der Pflege auf das Jahr 2022 zu verschieben.

Hintergrund sei die extreme Belastung, die aktuell alle Akteure im pflegerischen Bereich zu tragen hätten. Ressourcen für eine ordnungsgemäße Planung und Durchführung einer solchen Veranstaltung verblieben daher zurzeit nicht.

Frau Geiger regt an die Veranstaltung auszuweiten und nicht nur auf das Kardinal-von-Galen Heim (KVG) zu beschränken. Sie wünscht sich einen Zusammenschluss mit allen Akteuren im Bereich Pflege und Gesundheit und regt an beispielsweise auch das Marienhospital und das Seniorenzentrum „Am Eichendorffpark“ in Stromberg anzusprechen.

Frau Gröver bestätigt, dass diese Vorgehensweise bereits als Ziel formuliert wurde.

Frau Geiger regt weiter an ähnliche Dankveranstaltungen auch für andere Berufsgruppen durchzuführen, die sich mit besonderen Leistungen in der Coronapandemie hervorgetan haben. So könne sie sich im Ergebnis einen „Tag des Dankes“ von Oeldern für Oelder vorstellen.

Herr Zumersch lobt die schriftliche Ausfertigung der Präsentation von Frau Brinkhaus, gibt allerdings zu bedenken, dass diese aus der subjektiven Sicht der Mitarbeitervertretung des KVG formuliert sei, weshalb er sich der Meinung von Frau Geiger anschließt und eine Federführung des Fachdienstes Soziales, Familien und Senioren vorschlägt.

Herr Bovekamp schlägt vor, dass die Verantwortung bei den Initiatoren verbleibt, damit die Veranstaltung nicht durch die Stadtverwaltung Oelde vereinnahmt werde.

Herr Schmid schließt sich dieser Auffassung an und ergänzt, dass die Stadtverwaltung Oelde nicht Träger pflegerischer Leistungen sei. Aus diesem Grund sollte die Verantwortung bei den im pflegerischen Bereich tätigen Organisationen verbleiben, gleichwohl könne die Stadtverwaltung Oelde entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und bei der Organisation unterstützen.

**Beschluss:**

Die Stadt Oelde unterstützt die Bürgeranregung der Mitarbeitervertretung des Kardinal-von-Galen Heimes zur Einführung eines Tages der Pflege und stellt dafür einen Betrag von 4.000 € zur Finanzierung von Werbematerial, Anmietung von Räumlichkeiten und flankierenden Dienstleistungen zur Verfügung.

Die notwendigen Etatmittel sind über die Veränderungsliste des Haushaltsplans 2021 für das Haushaltsjahr 2022 bereitzustellen.

<p><b>4. Antrag der SPD-Fraktion; Einführung einer Oelde-Karte (Arbeitstitel)</b>  <b>Vorlage: B 2020/011/4475/1</b></p>
--

Der Vorsitzende Herr Bovekamp ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt der antragstellenden SPD-Fraktion, in Person Frau Diekmann, das Wort.

Frau Diekmann bedankt sich bei der Stadtverwaltung Oelde für die detaillierte Ausarbeitung des Antrags und verweist auf die Vorlage B2020/011/4475/1. Dem dort von der Verwaltung dargestellten Vorschlag könne sich ihre Fraktion anschließen.

Sie ergänzt, dass die SPD-Fraktion hier keine Notwendigkeit für einen englischen Begriff erkennen kann, weshalb es bei der Bezeichnung „Oelde-Karte“ bleiben solle.

Ferner erläutert sie erneut die Notwendigkeit dieses Vorhabens und stellt auf die Nachteile einkommensschwacher Personen in unserer Gesellschaft ab.

Sodann bedankt sie sich für das Rederecht und gibt das Wort zurück an den Vorsitzenden Herrn Bovekamp. Dieser bittet Herrn Schmid um Stellungnahme.

Herr Schmid erläutert den Verwaltungsvorschlag anhand der dem Protokoll beigefügten PowerPoint-Präsentation (PPP) und bezieht sich insbesondere auf die Punkte:

- Langfristige Ziele
- Berechtigtenkreis
- Umfasste Vergünstigungen
- Umfang der Vergünstigungen
- Abrechnungsmodus und
- Verfahren

Herr Bovekamp dankt Herrn Schmid für seine Ausführungen und lobt die gewohnt gute Vorarbeit durch Vorlagen und Präsentationen. So sei immer eine solide Grundlage zur Entscheidungsfindung vorhanden.

Herr Zurbrüggen schließt sich dem Lob des Vorsitzenden an, weist jedoch darauf hin, dass ein Beschluss nicht ohne vorangehende Diskussion erfolgen solle. Ferner werde der Antrag aus 2019 reichlich spät beraten.

Herr Kirsch fragt nach einem Deckungsvorschlag, da es sich bei dem in der Vorlage genannten Betrag in Höhe von 50.000,00 EUR um eine nicht unerhebliche Summe handelt. Außerdem bittet er um Klärung, ob nun darüber entschieden wird, ob eine Oelde-Karte für alle Oelder oder nur für einkommensschwache Haushalte eingeführt wird. Ferner ist ihm unklar, ob diese alle von der SPD beantragten Vergünstigungen umfasst oder, ob nur städtische Angebote enthalten sind.

Herr Schmid antwortet Herrn Zurbrüggen, dass jetzt Gelegenheit zur Diskussion besteht und verweist Herrn Kirsch auf die Ausführungen in der Vorlage und in der Präsentation.

Er ergänzt außerdem, dass sich die Kosten für die Einführung einer Oelde-Karte aus Erstattungsleistungen für die Vergünstigungen, Personal- und Sachkosten zusammensetzten. Ein großer Teil der Erstattungsleistungen für die Vergünstigungen sei bereits jetzt als Minderertrag im Haushalt der jeweiligen Organisation enthalten. Dieser werde mit Einführung einer Oelde-Karte nicht mehr entstehen, da zukünftig eine Erstattung an diese Organisationen aus einer Aufwandsposition im städtischen Haushalt vorgenommen werde.

Herr Schmid betont, dass diese Vorgehensweise insbesondere Transparenz schaffe und Mittelherkunft sowie Mittelverwendung nachvollziehbar würden. Augenblicklich sei es so, dass eine Vergünstigung, die beispielsweise die Volkshochschule gewähre, zu einem Minderertrag führe, der aber nicht ausgewiesen werde. Nach dem vorgeschlagenen Modell würde die künftig durch Aufwand an der einen und Ertrag an einer anderen Stelle des Haushalts abgebildet. Es handele sich um eine interne Verrechnung. Nur bei Vergünstigungen außerhalb des städtischen Haushalts entstehe ein tatsächlicher Aufwand. Er schlägt vor, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses den erforderlichen Finanzaufwand noch einmal konkretisieren werde, insbesondere mit Blick darauf, dass für die Dauer der Pandemie das Leistungsangebot ohnehin eingeschränkt sei.

Frau Geiger stellt fest, dass nunmehr zwei Anträge im Raum stehen. Zum einen der Antrag der SPD, zum anderen der Alternativvorschlag der Verwaltung.

Frau Diekmann verweist auf Ihre eingangs abgegebene Stellungnahme und zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück, die SPD-Fraktion schließt sich dem Alternativvorschlag der Verwaltung an. Frau Diekmann betont erneut, dass es der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen sei insbesondere den Personenkreis zu fördern, der keinen Anspruch auf existenzsichernde Leistungen wie beispielsweise Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) habe.

Frau Geiger schlägt vor dem Verwaltungsvorschlag zu folgen, die Summe jedoch auf 25.000,00 EUR bis 30.000,00 EUR zu begrenzen und den Härtefallfonds in Höhe von 1.500,00 EUR zu integrieren.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger sichert Herrn Zurbrüggen zu, dass Vorlagen zukünftig zeitnah geliefert würden. Außerdem werde sie sich dafür einsetzen die „Oelde-Karte“ zu einem anonymen und zukünftig auch digitalen Ausweis weiter zu entwickeln. Zuletzt weist sie darauf hin, dass es in dieser Größenordnung und in dieser Zeit wichtig und richtig sei einkommensschwache Personenkreise zu unterstützen. Gleichwohl sei die Größenordnung von 50.000,00 EUR willkürlich, weshalb jetzt darüber diskutiert werden solle. Zu einer vorschnellen Entscheidung solle sich aber niemand getrieben fühlen.

Herr Kirsch konkretisiert, dass er eine Querfinanzierung vermeiden wolle. So solle nicht beispielsweise eine „Oelde-Karte“ eingeführt werden, während gleichzeitig die KiTa-Beiträge stiegen. Er fragt an, ob auf Bundes- oder Landesebene Fördertöpfe für eine „Oelde-Karte“ existierten.

Herr Zurbrüggen teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag grundsätzlich folgen könne. Gleichwohl erscheine ein Betrag in Höhe von 50.000,00 EUR viel zu hoch. Vielmehr sei aus Sicht der FDP-Fraktion ein Betrag in Höhe von 25.000,00 EUR bis 30.000,00 EUR angemessen.

Herr Schmid empfiehlt dem Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe die Einführung einer „Oelde-Karte“ grundsätzlich zu empfehlen und die Verwaltung damit zu beauftragen entsprechende Richtlinien zu erstellen. Im Finanzausschuss können dann entsprechende Kosten und Haushaltsansätze präzisiert werden, ehe der Rat abschließend entscheide.

Herr Bovekamp verweist zur Diskussion über die Richtlinien auf die im Juni terminierte Ausschusssitzung.

Herr Rumpold und Herr Kirsch fragen an, ob sichergestellt sei, dass vorrangige Leistungen vor Inanspruchnahme der Oelde-Karte abgerufen werden. Vor allem das Jobcenter des Kreises Warendorf müsse hier viel mehr Werbung für die Leistungen der Bildung und Teilhabe (BuT) machen.

Frau Gröver erläutert, dass nicht alle Personen, die von der Oelde-Karte profitieren auch leistungsbe-rechtigt nach BuT seien. Hier hätten vor allem ältere SGB XII-Empfänger oder alleinstehende Wohn-geldempfänger das Nachsehen. Außerdem seien die BuT-Leistungen häufig höher als die Vergünsti-gungen der Oelde-Karte und nicht alle Angebote der Oelde-Karte seien nach BuT förderfähig. An den Stellen, an denen andere Rabatte höher seien, rechne man nicht mit einer Inanspruchnahme der Oelde-Karte.

Herr Rumpold ergänzt, dass er hierbei gegenteilige Erfahrungen gemacht habe.

Herr Zummersch stellt den Antrag die Oelde-Karte nach dem Vorschlag der Verwaltung einzuführen, Herr Reckmann schließt sich ausdrücklich an.

Herr Kirsch kritisiert, dass eine Entscheidung herbeigeführt werde, obwohl die Inhalte nicht hinreichend bekannt seien.

Frau Grieskamp betont die Notwendigkeit einer Diskussion um die finanziellen Rahmenbedingungen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde, eine „Oelde-Karte“ auf der Grundlage des in der Vorlage dargelegten Verwaltungsvor-schlags einzuführen.

Die „Oelde-Karte“ berechtigt zu Ermäßigungen bei städtischen Einrichtungen bzw. der WBO und beim Eintritt in das Freibad Gaßbachtal.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Richtlinien zu erstellen.

#### **5. Sachbericht Asyl und Integration Vorlage: M 2020/500/4538**

Frau Gröver berichtet über den Sachstand im Bereich Asyl und Integration gem. Sitzungsvorlage M2020/500/4538 und der beigefügten PPP, sie weist darauf hin, dass sich noch einige Änderungen er-geben haben, diese sind in „gelb“ markiert.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

**Beschluss:** Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **6. Bericht Flüchtlingsbetreuung/Integration 2020**

Frau Radner berichtet über den Sachstand in der Flüchtlingsbetreuung und Integrationsarbeit unter Be-zugnahme auf die beigefügte PPP.

Herr Bovekamp bedankt sich für die gewohnt gute und erfolgreiche Arbeit.

**Beschluss:** Der Ausschuss nimmt Kenntnis.



## 7. Sachbericht Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung Vorlage: M 2020/500/4731

Frau Gröver berichtet über den Sachstand im Bereich der Seniorenarbeit und Ehrenamtsförderung gem. Vorlage M2020/500/4731 und der beigefügten PPP.

Fragen ergeben sich nicht.

**Beschluss:** Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 8. Freiwillige Leistungen 2021 Fachdienst Soziales, Familien und Senioren Vorlage: B 2020/500/4732

Frau Gröver informiert über die Planung der freiwilligen Leistungen im Fachdienst Soziales, Familien und Senioren für das Jahr 2021 unter Bezugnahme auf die Vorlage B2020/500/4732 und die beigefügte PPP.

Frau Geiger fragt nach, ob sich Komplikationen in Bezug auf TOP 4 ergeben, da hier finanzielle Fragen nicht abschließend geklärt wurden.

Herr Schmid erläutert, dass zunächst eine Beratung in den Fraktionen vorgesehen sei und dass, wie erläutert, finanzielle Fragen zum Thema Oelde-Karte nachgeliefert würden.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt, sich zunächst in den Fraktionen mit den Etatvorschlägen zu befassen. Etwai-ge Änderungsvorschläge sollen über die Änderungsliste in die nachfolgenden Etatberatungen eingebracht werden.

## 9. Verschiedenes

### 9.1. Mitteilungen der Verwaltung

- keine –

### 9.2. Anfragen an die Verwaltung

Frau Geiger bittet dem Protokoll weitere Informationen über das Projekt KommKom beizufügen.

Frau Gröver erläutert, dass es sich bei dem Projekt KommKom um ein Projekt zur Stärkung **kommuna-**ler Versorgungskompetenz im Bereich der haus- und fachärztlichen Versorgung, der therapeutischen Versorgung und der Pflege handelt.

Dazu haben sich vier Kammern, 16 Versorger, vier Hochschulen und 31 Unternehmen zum Netzwerk Gesundheitswirtschaft Münsterland zusammengeschlossen, diesem Netzwerk ist die Stadt Oelde durch Beitrittserklärung vom 18.12.2020 beigetreten.

Die Projektlaufzeit ist bis zum 31.12.2022 veranschlagt, die ersten Workshops sind für Oktober 2021 geplant.

Die Vorgehensweise ist mit dem Vorsitzenden der AG Ärzteversorgung Oelde abgestimmt, nähere Informationen können der beigefügten PPP entnommen werden.

Frau Scuderi fragt nach dem Sachstand in Sachen Zuschuss an Frauen helfen Frauen.

Frau Gröver teilt mit, dass dem Antrag in der Sitzung des Rates am 22.06.2020 stattgegeben wurde. Ferner sei die grundsätzliche Vereinbarung mit dem Kreis Warendorf, dass keine Einzelförderung durch die Kommunen erfolge, sondern ein Zuschuss durch den Kreis Warendorf gewährt wird. Das vergangene Jahr stelle insofern eine Ausnahme dar. Ein Zuschussantrag für 2021 sei nicht gestellt worden.

Frau Krause erkundigt sich nach aktuellen Überlegungen zur Unterbringung des Senioren-Handwerkerdienstes.

Frau Gröver teilt mit, dass bisher nur eine Übergangslösung gefunden werden konnte.

Im ehemaligen Werkraum der Schule (zurzeit genutzt durch den Hausmeister und das Reinigungsunternehmen) sollen kleinere Werkzeuge untergebracht und kleinere handwerkliche Arbeiten ausgeführt werden; die Kreissäge müsste in einem Kellerraum unter der Turnhalle aufgebaut werden. Ein Aufenthaltsraum müsste ebenfalls zunächst mit dem Hausmeister gemeinsam genutzt werden.

Eine andere Lösung habe sich trotz intensiver Suche im näheren innerstädtischen Bereich bisher nicht ergeben, dem Fachdienst Soziales, Familien und Senioren sei sehr daran gelegen, dass für den Seniorenhandwerkerdienst als einer der Gründergruppen im SeniorenForum zügig ein dauerhaftes und zufriedenstellendes Raumangebot entwickelt werde, damit diese elementare Gruppe weiter Bestand habe, der Fachdienst bittet daher darum Informationen über weitere Raumangebote an ihn weiterzugeben.

  
Wolfgang Bovekamp  
Vorsitzender

  
Jan Bräutigam  
Schriftführer